

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/08/2007

über die öffentliche Sitzung am 25.09.2007,
Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn : 19:30 Uhr
Ende : 21:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Tobias Koch

Stadtverordnete

Frau Carola Behr

Herr Bero Behrens

- i. V. f. STV Aschmann -

Herr Harald Düwel

Herr Hartmut Möller

- i. V. f. STV Griesenberg -

Herr Steffen Rotermundt

Bürgerliche Mitglieder

Herr Detlef Levenhagen

Herr Gerd Smith

- i. V. f. Bürgerl. Mitglied Marzi -

weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Gisela Dietterlein

- Seniorenbeirat -

Herr Hendrik Olschewski

- KiJuB -

Sonstige, Gäste

Herr Werner Bandick

Herr Gerald Wittkamp

Verwaltung

Frau Angela Haase

- Protokollführerin -

Herr Horst Kienel

- Berichterstatter -

Herr Arno Petersen

- bis TOP 6 -

Frau Birgit Reinhold

- bis TOP 6 -

Es fehlen entschuldigt

Stadtverordnete

Herr Horst Aschmann

Herr Rolf Griesenberg

Bürgerliche Mitglieder

Herr Horst Marzi

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Festsetzung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 7/2007 vom 28.08.2007
5. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
6. Vorstellung Energiebericht 2007 **2007/080**
7. Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2007 **2007/083**
8. Verschiedenes
- 8.1. Abbruch der alten Sporthalle an der IGS
9. Kenntnisnahmen
- 9.1. Unterlagen an die Stadtverordneten

1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Koch, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses.

2 Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende regt an, die Tagesordnungspunkte 6. - Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2007 - und 7. - Vorstellung des Energieberichts 2007 - zu tauschen.

Er teilt ferner mit, dass ihm heute eine Vorlage vorgelegt wurde zum Verkauf eines städtischen Reihenhauses und fragt nach, ob Bedenken bestehen, die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil um diesen Punkt zu erweitern. Der Finanzausschuss stimmt der Erweiterung zu. Der Tagesordnungspunkt wird als TOP 11 behandelt.

Die Tagesordnung wird mit diesen Änderungen beschlossen und ab TOP 10 in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

3 Einwohnerfragestunde

- e n t f ä l l t -

4 Genehmigung des Protokolls Nr. 7/2007 vom 28.08.2007

Herr Smith macht auf einen Tippfehler aufmerksam. Unter TOP 7 – Sachstandsbericht zur Umstellung auf das Neue Kommunale Rechnungswesen (NKR) – muss es richtig heißen:

Der Finanzausschuss bittet um regelmäßige Informationen. Der Sachstand sollte Anfang **2008** erneut vorgetragen werden.

Mit dieser Änderung wird das Protokoll sowohl hinsichtlich des öffentlichen wie des nichtöffentlichen Teiles genehmigt.

5 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Auf den städtischen Konten sind zurzeit rd. 1,45 Mio. € verfügbar. Als Tagesgeld sind weitere 1,5 Mio. € angelegt. Ferner sind 3,0 Mio. € bis 01.10.2007 als Festgeld angelegt.

An routinemäßigen Ausgaben werden in den kommenden Wochen Ausgaben von rd. 2,0 Mio. € erwartet, dieses insbesondere für die Kreisumlage und die Gehälter. Ferner ist zu erwarten, dass für die in den Sommerferien geleisteten Baumaßnahmen erhebliche Kosten zu begleichen sein werden.

Es ist daher nicht beabsichtigt, das Festgeld über den 01.10.2007 hinaus fest anzulegen. Auf Nachfrage wird berichtet, dass für das Festgeld Zinsen von 4,34 % (rd. 11.500 €) gezahlt werden. Das Festgeld wurde bei der Landesbank Berlin, Zweigstelle Luxemburg, angelegt. Der Betrag von 3,0 Mio. € steht somit zusätzlich demnächst als Tagesgeld zur Verfügung. Hierfür werden Zinsen von 3,05 % gewährt.

Der Energiebericht wurde zum 11.07.2007 den Mitgliedern des Umweltausschusses zur Verfügung gestellt und wird auf Bitte des Finanzausschusses vom 28.08.2007 diesem ebenfalls vorgetragen. Hierzu referiert Herr Reichardt, technischer Sachbearbeiter IV.4/ Zentrale Gebäudewirtschaft, anhand eines Power-Point-Vortrages. Für Rückfragen stehen er und die Fachdienstleitung, Frau Reinhold, zur Verfügung.

Herr Reichardt weist eingangs darauf hin, dass die Auswertung der Verbrauchsdaten in dieser Form erst seit 3 bis 4 Jahren erfolge. (**Anmerkung:** *FD IV.4 besteht mit dieser Personalbesetzung erst seit dem 01.10.2004*). Die Verbrauchsdaten der davor liegenden Jahre lägen in Papierform vor.

Ausgewertet wurden die vom Fachdienst direkt verwalteten städtischen Liegenschaften. Ziel sei es, die Datengrundlagen zu ergänzen um die Liegenschaften, für welche die Nutzer die Zahlungen direkt begleichen. Der Bereich Trink- und Abwasser wird aufgrund seines geringen Anteiles an den Verbrauchskosten nur am Rande gestreift.

Schwerpunkt des Berichtes sind die Wärme- und Stromkosten bzw. –verbräuche/ m². Für die städtischen Liegenschaften wurde ein eigener Mittelwert/m² ermittelt, der bei der Bewertung der Verbräuche hilfreich sei. **Die Verbräuche wurden jeweils witterungsbedingt bereinigt.**

Eingangs wird die Gaspreisentwicklung seit 2001 verdeutlicht. Gegenüber dem Stand vom Oktober 2000 ist eine Preissteigerung in Höhe von 37 % zu verzeichnen. 2003 waren die Gaspreise relativ niedrig. Bei Betrachtung des Zeitraumes Januar 2003 bis 2006 beträgt die Preissteigerung 61 %. Dieses verdeutlicht, dass die Preissteigerungen nicht kurzfristig durch Einsparmaßnahmen kompensiert werden können. Es ist zu erwarten, dass die Preise auf hohem Niveau bleiben werden. Umso wichtiger ist daher eine langfristige Reduzierung der Verbräuche. Da die Schulen mit rd. 67 % der Flächen von rd. 80.000 m² den höchsten Flächenanteil aufweisen, ist diesen Liegenschaften die höchste Aufmerksamkeit zu widmen. Gemessen am Gesamtgasverbrauch entfallen auf die Schulen Anteile von 77 %. Der Gesamtverbrauch der betrachteten Liegenschaften liegt bei ca. 12 Mio. kWh, die Gesamtkosten bei ca. 630.000 €.

Bei der Betrachtung der Stromverbräuche entfallen auf die Schulen 67 %. Der Gesamtverbrauch beträgt hier rd. 2 Mio. kWh; dieses entspricht Gesamtkosten von ca. 280.000 €.

Beim Gasverbrauch der Schulen liegt das Schulzentrum Am Heimgarten erwartungsgemäß mit einem Verbrauch von 2,8 Mio. kWh in 2006 an vorderster Stelle, gefolgt von der Stormarnschule (2,18 Mio. kWh). Die Kosten pro m² sind aber in der Fritz-Reuter-Schule am höchsten. Der Gasverbrauch ist im Schulzentrum Am Heimgarten gegenüber 2004 und 2005 leicht gesunken. Es

wird erläutert, dass 2003 die zuvor genutzten Pavillons mit sehr schlechter Isolierung abgerissen wurden. Dies erklärt den deutlichen Rückgang des Verbrauches. 2006 wurden dagegen die neuen Gebäudeteile (Erweiterungsbau mit Lernateliers etc.) in Betrieb genommen. Dieses führte gegenüber den Vorjahren zu einem Anstieg.

Ein weiteres Beispiel für sinnvolle Sanierungsmaßnahmen bietet die IGS. Dort wurde im Jahre 2003 der veraltete Kessel durch einen modernen Brennkessel mit moderner Steuerung ersetzt. Der größte Teil der benötigten Heizenergie wird seitdem von dem neuen Kessel produziert. Gleichzeitig wurde durch die umfangreiche Gebäudesanierung (Dachsanierung etc.) eine Verbesserung an der Gebäudehülle vorgenommen, die sich in den Folgejahren positiv auswirkte. Nach der vollständigen Sanierung – und damit kompletten Inbetriebnahme der Erweiterungsbauten ist in 2006 der Verbrauch wieder leicht steigend. Er entspricht dem vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung veröffentlichten Vergleichswert.

Gemessen an diesem Vergleichswert liegen die Stormarnschule und die Fritz-Reuter-Schule sowie die Grundschule Am Reesenbüttel deutlich darüber. Dieses macht deutlich, dass diese Liegenschaften ganzheitlich zu sanieren sind. Bei den älteren Gebäuden wird besonders darauf hingewiesen, dass die Grundschule Am Hagen mit einem Verbrauch von 116 kWh/m² besonders günstig ist. Der dortige Hausmeister bedient die Heizungsanlage außerordentlich wirtschaftlich. Dieses bedeutet aber nicht, dass eine Sanierung des Gebäudes nicht erforderlich ist.

Beim Stromverbrauch liegt ebenfalls das Schulzentrum Am Heimgarten als größte Schule an der Spitze. Hierauf entfallen rd. 615.000 kWh, gefolgt von der Stormarnschule mit rd. 240.000 kWh. Gemessen am eigenen Mittelwert der Schulen von 22,6 kWh/m² liegt das Schulzentrum mit 30,70 kWh/m² als einzige Schule deutlich darüber. Dieses bedeutet aber nicht, dass die Stromverbräuche dort nicht durch die Nutzer bzw. die Hausmeister beobachtet werden. Hingewiesen wird auf die Bauart und die Art der Belüftung des Gebäudes. Es handelt sich um ein Gebäude leichter Bauart aus dem Jahre 1973 mit vielen innen liegenden Lehrräumen. Diese müssen maschinell belüftet werden. Das gesamte Gebäude wird mit Hilfe von Lüftungsanlagen be- und entlüftet. Der Mehrverbrauch an Strom ist also auf Ventilatoren zurückzuführen; eine grundsätzliche Änderung dieses Zustandes ist nicht möglich.

Noch näher untersucht werden soll der relativ hohe Verbrauch der Grundschule Am Aalfang. Bei der Fritz-Reuter-Schule wirkt sich energiesparend eine moderne Beleuchtung aus. Dort sind Präsenzmelder und Dämmerungsschalter installiert. Diese Steuerung ist in Ansätzen auch in der Grundschule Am Hagen und der Grundschule Am Reesenbüttel eingebaut worden und soll in den nächsten Jahren erweitert werden.

Abschließend stellt Herr Reichardt beispielhaft Maßnahmen zur weiteren Energieeinsparung vor. Hierbei handelt es sich sowohl um

- bauliche Maßnahmen wie
- technische Maßnahmen und

— organisatorische Maßnahmen.

Als bauliche Maßnahmen sind die Erneuerung von Fenstern, die Dämmung der Außenfassaden, Dachflächen sowie Kellerdecken und der Rückbau bzw. die Dämmung von Wärmebrücken zu nennen.

Unter die technischen Maßnahmen fallen die erwähnte präsenzmeldergesteuerte Beleuchtung, zeitgesteuerte Thermostatventile und die Sanierung von Heizungsverteilern sowie die kontrollierte Be- und Entlüftung einschließlich Wärmerückgewinnung z. B. von Büroräumen. Daneben ist die Kontrolle des Nutzerverhaltens sowie des Energieverbrauches per Fernüberwachung (Stickwort: Gebäudeleittechnik) geplant. Hierüber wurde der Finanzausschuss bereits gesondert informiert. Sinnvoll wäre auch eine Anpassung der Heizkreise an geänderte Nutzungen.

Bei den organisatorischen Maßnahmen ist vorrangig die Schulung und dadurch erfolgende Sensibilisierung der Hausmeister zu nennen. Positiv würde sich auch die Einführung von Regelterminen für Elternabende oder andere Schulveranstaltungen auswirken. Bei Einrichtung von kleinen, getrennt beheizbaren Gebäudezonen für Sonderveranstaltungen müsste nicht mehr die gesamte Schule oder ein Großteil der Schule geheizt werden.

Der Finanzausschuss dankt Herrn Reichardt für seine Ausführungen.

Herr Düwel regt an, die Nutzer bei Einsparung von Gas bzw. Strom zu belohnen und so Einsparungen zu schaffen. Dieses wird intensiv diskutiert. Am Beispiel der Grundschule Am Hagen wurde deutlich, dass weitere Einsparungen nicht ohne Weiteres erzielbar seien (besonders engagierter Hausmeister). Es wird auch darauf hingewiesen, dass es vor einigen Jahren im Rahmen eines Fifty-Fifty-Modells derartige Anreize bereits gegeben habe. Herr Düwel weist darauf hin, dass von den Nutzern erdachte Maßnahmen (hierbei könnte es sich auch um die oben genannten organisatorischen Maßnahmen handeln) - wenn sie denn zu mehr Wirtschaftlichkeit führen – zu einer höheren Zufriedenheit der Nutzer führen. Die Änderung des Nutzerverhaltens stehe im Vordergrund.

Der Finanzausschuss sieht weitere Probleme, wenn Einsparungen zwar erzielt wurden, dieses aber durch einen neuen Brennwertkessel und nicht auf den Nutzer zurückzuführen ist. Auch bei einem besonders strengen Winter steigen die Kosten an, ohne dass der Nutzer dieses beeinflussen konnte. Der Finanzausschuss bittet aber den FD ZGW, über Anreize für die Nutzer nachzudenken. Eine Voraussetzung sei sicherlich für alle Schulen aber eine gleiche Basis.

In diesem Zusammenhang weist Frau Reinhold auf die umfangreichen erforderlichen baulichen Maßnahmen hin. Dieses seien die Einführung der Gebäudeleittechnik, die Gebäudesanierung, Wärmedämmung etc. An dieser Stelle appelliert sie an den Finanzausschuss, für einzelne Gebäude Mittel für eine ganzheitliche Gebäudesanierung bereitzustellen. Sie führt aus, dass – wenn gegenwärtig Umbaumaßnahmen erfolgen (Beispiel: Alte Gymnastikhalle der Stormarnschule) - dieses jeweils nach der neusten Energieverordnung

erfolge. Einige Schulen – wie insbesondere die Fritz-Reuter-Schule – bedürfen aus ihrer Sicht einer Grundsanierung. ZGW plant ferner die Erstellung von energetischen Konzepten zur Optimierung. Dieses sollte soweit wie möglich nach den eigenen Kenntnissen erfolgen, partiell sind jedoch Auftragserteilungen an Dritte möglich (Beispiel: Fehlen einer Wärmebildkamera). Auf Nachfrage wird erläutert, dass Erfahrungen anderer Städte und Kommunen nur partiell nutzbar seien. Die Gebäude sind in jeder Stadt sehr individuell, es erfolge aber ein Austausch unter den Kommunen.

Herr Koch fragt nach, in welchem Turnus Kosten- bzw. Energieberichte erstellt werden sollen. Es wird erläutert, dass dieses jährlich erfolgen sollte.

Der Ausschuss dankt Frau Reinhold und Herrn Reichardt für ihre Ausführungen.

Die Verwaltung erläutert auf Nachfrage, dass der Umweltausschuss und der Bau- und Planungsausschuss bisher über den Nachtrag beraten haben, dieses ohne weitere Änderungen. Der Sozialausschuss hat Änderungen empfohlen, die jedoch in Einnahme und Ausgabe identisch sind. Ferner haben sich weitere Änderungen durch die fortgeschriebene Zeit ergeben.

Gegenüber der jetzigen Änderungsliste wird zum Beispiel die Erhöhung des Zuschusses an den Kreis für den ÖPNV nicht erforderlich sein, da in diesem Jahr der Stadtteil Wulfsdorf noch nicht an den ÖPNV angeschlossen wird. Ferner hat sich herausgestellt, dass beim Schulzentrum Am Heimgarten auf eine Steigerung des Ansatzes Stromkosten doch verzichtet werden kann. Diese und weitere der Verwaltung bekannt gewordene Änderungen sind in einer aktualisierten Veränderungsliste vom 25.09.2007, die der Stadtverordnetenversammlung vorzulegenden Vorlage beigefügt werden, enthalten. Der Hauptausschuss sowie der Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss haben den II. Nachtragshaushalt 2007 noch nicht beraten.

Herr Smith bezieht sich auf die für die Große Straße dargestellte Verpflichtungsermächtigung und fragt nach, ob der Ausbau in 2008 beginnen werde. Die Verwaltung teilt mit, dass die Verpflichtungsermächtigung keine Änderung im Rahmen des II. Nachtragshaushaltes 2007 darstellt. Sie war bereits im Ursprungshaushalt 2007 vorhanden. Der Vorsitzende und der Berichterstatter sprechen sich dafür aus, im Bau- und Planungsausschuss abzuklären, ob mit dem Ausbau 2008 wie vorgesehen begonnen werden könne.

Der Vorsitzende spricht für seine Fraktion an, ob die Erstellung des Mietenspiegels erforderlich sei. Die Verwaltung berichtet, dass der Mietenspiegel der Rechtsicherheit der Ahrensburger Bürger diene. Ferner sei dieses hilfreich bei der eigenen Vermietung. Es handele sich jedoch nicht um eine Angelegenheit, die unbedingt im Rahmen eines Nachtragshaushalts 2007 darzustellen sei.

Der Finanzausschuss spricht sich dafür aus, den Ansatz von 10.000 € für die Erstellung des Mietenspiegels nicht in den 2. Nachtragshaushalt 2007 aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:	4 dafür
	2 dagegen
	2 Enthaltungen

Mit dieser Änderung und vorbehaltlich der weiteren Empfehlung der Fachausschüsse wird der Stadtverordnetenversammlung empfohlen, dem Erlass der II. Nachtragshaushaltssatzung 2007 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:	7 dafür
	1 Enthaltung

8 Verschiedenes

8.1 Abbruch der alten Sporthalle an der IGS

Der Vorsitzende fragt nach, wann der Abriss der Sporthalle erfolgen werde. Seines Wissens sei dieses für die Sommerferien 2007 beabsichtigt gewesen. Der Berichterstatter teilt mit, dass unverändert zum Schuljahr 2008/ 2009 der Neubau der Sporthalle in Betrieb genommen werden solle.

Anmerkung der Verwaltung

Die Fachdienstleitung ZGW hat auf Anfrage mitgeteilt, dass der „stille Abbruch“ bereits begonnen habe. Hierbei handelt es sich um die Trennung der Versorgungsleitungen etc. Der sichtbare Abbruch werde in den Herbstferien 2007 erfolgen.

9 Kenntnisnahmen

9.1 Unterlagen an die Stadtverordneten

Der Berichterstatter teilt mit, dass den Stadtverordneten am 27.09.2007 folgende Unterlagen ausgehändigt werden:

1. Haushaltserlass 2007 vom 17.09.2007
2. Vorentwurf der Investitionsplanung 2007 bis 2011 vom 17.09.2007

Letztere soll den Fraktionen eine Vorberatung über die Investitionsplanung bzw. die in den nächsten Jahren anstehenden Projekte ermöglichen. Gegenwärtig sind Investitionen nicht finanzierbar. Der Plan weist für die Jahre 2008 eine Neuverschuldung von 5,6 Mio. €, für 2009 von 4,9 Mio. € und für 2010 von 1,2 Mio. € aus, die nicht vertretbar sei. Das Verfahren, den Investitionsplanungsentwurf zu übersenden, basiert auf dem Hintergrund, den Fraktionen frühzeitig Gelegenheit zu geben, eine eigene Rangfolge der verschiedenen Projekte in Kenntnis der finanziellen Situation der Stadt festzulegen.

gez. Koch
Vorsitzender des Finanzausschusses

(Haase)
Protokollführerin